

„Die Solarenergie ist nicht unser Feind“

Der CSU-Politiker Josef Göppel, Umweltobmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über die Verhandlungen zur aktuellen EEG-Novelle, konservative Werte und die Chancen einer dezentralen Energieversorgung

Sie haben am 8. März eine Rede im Deutschen Bundestag gehalten. Thema war: „Die Deutsche Energiewende – ein Jahr danach“. Darin haben Sie „insbesondere die Entwicklung im Bereich der Solarenergie“ als „eine Erfolgsgeschichte“ bezeichnet. Würden Sie das heute wieder so sagen?

Josef Göppel: Selbstverständlich. Die Entwicklung der deutschen Solarenergie ist in zweifacher Hinsicht eine Erfolgsgeschichte. Erstens: Keine Technik seit dem zweiten Weltkrieg hat so schnell die Herzen der Menschen erobert. Und zweitens: Keine Technik hat in so kurzer Zeit so hohe Effizienzgewinne und Kostensenkungen gebracht. Wenn das keine Erfolgsgeschichte ist! Es gibt in der Industrie kein besseres Beispiel für Innovation.

Umso erstaunlicher, dass so eine Erfolgsgeschichte derart rabiat abgewürgt wird. Die EEG-Novelle, die von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gemeinsam mit der FDP beschlossen wurde, legt diesen Schluss zumindest nahe.

Deshalb habe ich am 29. März im Deutschen Bundestag in namentlicher Ab-

stimmung gegen die Änderung des EEG gestimmt. Die Koalition hat sich zudem darauf verständigt, vor Ende 2013 keine weitere Änderung des EEG vorzunehmen. Ich gehe davon aus, dass es zu diesem Zeitpunkt dann eine andere Koalition gibt – und dann auch wieder günstigere Bedingungen für die Solartechnik. Mit anderen Worten: Sie glauben, dass es nicht mehr zu einer Koalition mit der FDP kommt, die durch ihren Wirtschaftsminister Philipp Rösler und einige Abgeordnete die treibende Kraft für die aktuellen Einschnitte war?

Ich spreche von einer anderen Koalition. Alles Weitere ist Ihre Spekulation.

In unseren Augen ist es verwunderlich, dass ein Wirtschaftsminister, der offensichtlich bei nur noch einem Prozent der Bevölkerung Rückhalt hat, überhaupt noch derart großen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse haben kann.

Es war eine Koalition einiger Kräfte in der FDP mit einigen Abgeordneten in der Unions-Fraktion, die gegenüber der Energiewende nach wie vor skeptisch eingestellt sind. Dieses Bündnis hat die negative Stimmung gegenüber der Solarenergie unter den Abgeordneten geschürt.

Am Ende haben allerdings nur drei

Abgeordnete aus der Union gegen das Gesetz gestimmt. Die besagten Kräfte scheinen recht erfolgreich gewesen zu sein.

Es wurde die Angst aufgebaut, dass uns die Solarindustrie überrennt.

Wer konkret?

Das waren die Kräfte, die ich gerade benannt habe. Die Solarenergie ist doch

„Ich habe meinen Kollegen in der Unionsfraktion das Grundsatzprogramm sowohl der CDU als auch der CSU vorgelesen.“

nicht unser Feind. Hier wird so getan, als ob wir hier gegen einen Volksfeind ankämpfen müssten.

Wie groß war der Einfluss der großen Energieversorger RWE, E.ON & Co.?

Der Einfluss war im Hintergrund spürbar. Es wurde immer wieder das Argument vorgetragen, dass man trotz des

Erfolgs der Erneuerbaren eine gewisse Grundversorgung sicherstellen müsse, zumindest in jenem Zeitraum, in dem die Erneuerbaren noch nicht verlässlich liefern könnten. Dieses Argument wurde in der Debatte aus verschiedenen Richtungen immer wieder als Drohkulisse aufgebaut.

Wie geben Sie mit dem Vorwurf um, Sie

Deutschlands ist der Süden für die Solartechnik prädestiniert, weil hier die Sonne öfter scheint. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass im Norden viele Windparks stehen.

Sie selbst hatten vorgeschlagen, den Anreiz für die Speicherung des Stroms aus Erneuerbaren zu verbessern. Dadurch könnte die dauerhafte Versorgung auch mit Erneuerbaren garantiert werden. Sie sind zumindest im ersten Anlauf nicht durchgedrungen mit Ihren Argumenten?

Das war für mich der Auslöser für die Nein-Stimme. Ich habe in der Erklärung im Deutschen Bundestag zur Abstimmung dann auch auf den fehlenden Anreiz für Speicherlösungen abgehoben. Der Anreiz, den ich gesetzesscharf ausgearbeitet hatte, wäre geeignet gewesen, die Spitze zu kappen und seitlich an den Solarstromertrag anzudocken, sodass eine Versorgung vieler Verbraucher über Nacht möglich gewesen wäre. Dagegen sind andere Kollegen Sturm gelaufen. Sie wandten sich dagegen, einen solchen Anreiz im EEG zu formulieren. Das sei systemwidrig, hieß es.

Was ist daran systemwidrig?

Ich kann das ebenfalls nicht erkennen. Aber das Thema Speicher wird uns spä-

testens bei der nächsten EEG-Novelle massiv berühren. Das ist die Schlüsselfrage, um einen weiteren Zubau von Photovoltaikanlagen über die aktuell installierten 25 Gigawatt hinaus optimal integrieren zu können. Wenn wir in zwei Jahren vielleicht bei einer installierten Kapazität hoch in den 30 Gigawatt angekommen sind, stellt sich nicht mehr in erster Linie die Frage, wie man weiter aufbaut, sondern wie man die Nutzungsstunden verbreitert.

Es hätte auch die Möglichkeit gegeben, vorwiegend nach Osten oder Westen ausgerichtete Anlagen zu fördern, die zu den Off-Peak-Zeiten verstärkt Leistung produzieren. Oder man hätte auch regionale Anreize schaffen können. Wurde darüber überhaupt gesprochen?

Das war im Detail Thema in unseren Runden. Es wurde aber alles in die Zukunft verschoben.

In eine Zukunft, in der es deutlich weniger deutsche Photovoltaikunternehmen geben wird. Mit anderen Worten: Man würgt jetzt einen Markt ab, mit allen Konsequenzen auch für die betroffenen Arbeitnehmer. Und man spricht dann in der Zukunft mit einer vielleicht neuen Koalition wieder über neue Bedingungen. Ist das nicht widersinnig?

Ich will es nicht bei der aktuellen Regelung belassen. Ich dränge darauf, dass eine Lösung in Bezug auf den internationalen Wettbewerb gefunden wird. Man könnte das ähnlich wie in Amerika regeln: Die Bundesregierung soll in Brüssel einen konkreten Antrag stellen, der eine Zollabschöpfung an der EU-Außengrenze zum Ziel hat. Alternativ muss man über Hilfen für die Produzenten im Inland nachdenken.

Nach der Ablehnung des Gesetzesentwurfs durch den Bundesrat wird genau über derartige Vorschläge diskutiert. Würden Sie sagen, auch Ihr Widerstand und Ihre Vorschläge haben am Ende an der einen oder anderen Stelle einen neuen Blick auf das ganze Thema bewirkt?

Möglich.

Seben Sie realistische Chancen für einen Kompromiss?

Die Branche selbst muss sich von Modulherstellern zu Systemanbietern weiter entwickeln. Das gilt zum Beispiel für die Bereitstellung von Regelleistung im Stromnetz oder gebäudeintegrierte Solarzellen. Gegen den unlauteren Wettbewerb aus China muss jedoch die Politik vorgehen.

Sie sorgen sich um die Lebensfähigkeit deutscher Photovoltaikfirmen. Geht es Ihnen hier um bekannte Namen wie Conergy, über die gerade viel zu lesen ist? Oder geht es dabei auch um den klassischen Mittelstand, um das Handwerk, das sich zunehmend aus der Photovoltaik zurückzieht? Wenn man den Markt von 7,5 Gigawatt auf 2,5 Gigawatt schrumpft, werden entsprechend weniger Handwerker die verbleibenden Anlagen letztendlich auf die Dächer montieren.

Der Ausbaukorridor über das Jahr 2014 hinaus wird das Thema einer neuen Koalition sein. Aktuell ist wichtig, den Blick auf die deutschen Firmen zu richten. Es ist doch offensichtlich, dass chinesische

Industriebetriebe mit Staatshilfen den Wettbewerb in die Knie zwingen sollen, um selbst Europa zu beliefern. Das kann kein verantwortungsbewusster Politiker in Europa hinnehmen.

Offenbar schon.

Es sind immer dieselben Kräfte, die sich verweigern. Bei der Diskussion über eine mögliche Local-Content-Regelung nach italienischem Vorbild verhält sich das ähnlich. Es gibt Leute, die haben ein grundsätzliches Denkproblem, wenn es um Erneuerbare Energien geht.

Tun Sie uns doch einen Gefallen und nennen Sie ein paar Namen?

Ich nenne hier keine Namen, aber es geht um eine Handvoll Abgeordnete im Bundestag.

Würden Sie auch den Wirtschaftsminister dazuzählen?

Bei Herrn Rösler frage ich mich, ob er sich intensiv genug mit der Materie befasst hat.

Und den früheren Umweltminister Norbert Röttgen?

Das Denkproblem einiger Kollegen im Bundestag besteht darin, dass sie sich die Energieversorgung in kleinen Einheiten mit einem direkten Erzeuger-Verbraucher-Bezug nicht vorstellen können. Sie glauben nicht, dass das technisch funktioniert. Diese Personen sind geprägt von der alten, zentral gesteuerten Industrietechnik. Das ist aber die Technik vor der Einführung der Mikroelektronik und des Internets. Ich will da nicht bösen Willen unterstellen, aber einige können den Grabenbruch von einer zentral gesteuerten zu einer autonom laufenden Energieversorgung offenbar nicht überbrücken.

Aber auch diese Kollegen müssten sich doch freuen, wenn die Energieversorgung nicht mehr zentral und angreifbar ist, sondern dezentral und jederzeit verfügbar. Keine Abhängigkeit von Rohstoffimporten, keine Gefahr von Terroranschlägen...

Dieses Argument teile ich voll und ganz. Aber auch das Argument konservativer Kräfte, die auf eine breite Eigentumsstreuung hinwirken, greift in diesem Fall. Ich habe meinen Kollegen in der Unionsfraktion das Grundsatzprogramm sowohl der CDU als auch der CSU vorgelesen. Dort formulieren unsere Parteien breit gestreutes Eigentum als gesellschaftliches Ziel. Genau das wäre bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien der Fall. Was 60 Jahre nicht möglich war, ist jetzt möglich. Aber ich muss wohl akzeptieren, dass es etwas mehr Zeit braucht, das nach dem Entschluss zur Energiewende auch in den Köpfen vieler Kollegen zu verankern.

Seben Sie sich mit Ihrer Haltung nicht isoliert in Ihrer Fraktion?

Wenn man soll will, war ich bis Anfang 2010 total isoliert. Ein halbes Jahr später war meine Haltung zur Energiewende auch in der eigenen Partei mehrheitsfähig. Entscheidend ist doch nicht, ob man aktuell isoliert ist. Entscheidend ist, ob sich Grundtendenzen mit politischen Zielen decken. Die Grundtendenz zur breiten Eigentumsstreuung, zur kleinteiligen Energieversorgung, deckt sich mit den Grundwerten unserer konservativen Partei. Wer will das auf Dauer ablehnen?

Konservativ bedeutet auch, sich für die



„Bei Herrn Rösler frage ich mich, ob er sich intensiv genug mit der Materie befasst hat“: Josef Göppel

Bewahrung der Schöpfung einzusetzen.

So ist es. Die Frage ist nur, ob alles schnell genug geht, um unsere Firmen am Leben zu halten.

Was glauben Sie?

Ich habe die beiden Möglichkeiten benannt: Entweder müssen wir einen Außenschutz installieren oder eine Hilfe im Inneren organisieren.

Nein. Da muss ich nur auf die positiven Signale aus der Windenergie verweisen. Außerdem: Den Vorwurf, es gäbe keinen Gesamtplan, kennt auch die Bundeskanzlerin. Angesichts der Probleme, die es in den vergangenen Monaten bezüglich des Euros zu bewältigen gab, sollte man aber vielleicht Verständnis dafür aufbringen, wenn das Thema Energie-

der federführende Unterausschuss am Tisch, sondern auch der Wirtschafts- und der Landwirtschaftsausschuss.

Wir eng waren gegen Ende der Verhandlungen im Bundestag die verschiedenen Lobbygruppen eingebunden? Also etwa der Bundesverband Solarwirtschaft oder die Atomlobby?

Der parlamentarische Beirat des Bundesverbands Erneuerbare Energie war natürlich eingebunden.

Waren die Vertreter der Erneuerbaren am Ende nicht außen vor?

Nein. Der parlamentarische Beirat hat mehrfach getagt. Es trifft aber zu, dass zwei Tage vor der Abstimmung der parlamentarische Beirat zusammengekommen ist, wir allerdings in der Runde der Abgeordnetengespräche nicht rechtzeitig fertig wurden. Bei dieser einen Sitzung konnten die Abgeordneten dann nicht mehr zum BEE kommen.

Bei der letzten Verhandlungsrunde hat der Austausch also nicht mehr stattgefunden?

Zwei Tage vor der Abstimmung kam es dazu nicht mehr. Aber ich will klarstellen: Die Beratung in den Abgeordnetengesprächen hat deshalb so lange gedauert, weil Leute wie ich auf weiteren Korrekturen am Gesetzesvorschlag beharrten.

Inwieweit besteht die Gefahr, dass es nun zu einem Zurück zur Kernenergie kommt?

Das sehe ich nicht. Ich erkenne vielmehr einen gewissen Stolz auf das deutsche Experiment der Energiewende.

Der Einfluss der großen Vier auf dem Energiemarkt ist nicht zu groß, um den Umbau der Energieversorgung weiter in ihrem Sinne anzupassen?

Ich sehe eher die Tendenz, dass die alten Energiekonzerne versuchen, sich die Erneuerbaren anzueignen. Da muss man nur an die großen Windparks in Nord- und Ostsee denken oder an Desertec.

Welche Zukunft hat die Photovoltaik in Deutschland jetzt noch?

Die Photovoltaik wird weiter einen unverzichtbaren Anteil am Strom aus erneuerbaren Quellen liefern. Die meteorologischen Bedingungen bieten, bezogen auf die Jahresstunden, gute Voraussetzungen für die Energiegewinnung aus

„Mit meiner Nein-Stimme habe ich bewusst ein Signal gesetzt.“

Welches Szenario hat in der bestehenden Koalition und mit dem neuen Bundesumweltminister Peter Altmaier ihrer Meinung die besseren Chancen?

Es muss so laufen wie in den USA. Den Antrag auf ein Wettbewerbsverfahren muss die Branche in Brüssel stellen. Die deutschen Umweltpolitiker werden alles tun, um das zu unterstützen.

Der Einschnitt in der aktuellen Größenordnung ist für viele in der Branche schon jetzt eine Katastrophe. Wie bewerten Sie als Umweltpolitiker der Union, dass Deutschland als Vorreiter so ein Zeichen in die Welt schickt?

Mir gefällt dieser radikale Einschnitt nicht, aber das gefährdet nicht die Energiewende. Wir blicken aktuell auf einen ungeschmälernten Ausbau der Windenergie an Land, insbesondere in Süddeutschland. Die Konzepte der Länder Bayern und Baden-Württemberg sind darauf ausgerichtet, 50 Prozent des Strombedarfs auf dem eigenen Territorium zu erzeugen. Auf längere Sicht wird das auch wieder auf die Solarindustrie befruchtend wirken. Unser Ziel ist weiterhin ein sinnvoller Energiemix bei den Erneuerbaren aus Wind, Biomasse, Photovoltaik und Wasser.

Die aktuellen Entscheidungen gefährden den Fahrplan, den viele obnein nicht erkennen können, nicht?

wende zuletzt auf der Agenda etwas nach hinten gerutscht ist.

Ist Ihnen klar, wo Frau Merkel hin will?

Ja.

Wobin?

Frau Merkel will die Energiewende zum Erfolg führen.

Zweifel daran können Sie aber nachvollziehen?

Ich habe als Umweltpolitiker mit meiner Nein-Stimme bewusst ein Signal gesetzt. Sind andere Kräfte in der Union durch Ihre Nein-Stimme ins Nachdenken gekommen?

Durchaus.

Wie eng waren Sie persönlich eingebunden in die Entscheidungsfindung?

Ich war in allen Abgeordnetengesprächen im Detail dabei.

Auch wenn Umwelt- und Wirtschaftsministerium verhandelt haben?

Da sitzen sich dann natürlich die Vertreter der Ministerien gegenüber. Dazu kommen Abgeordnete aus der Fraktionsführung. Bei den Beratungen über das EEG waren das vier Abgeordnete aus der Koalition. Natürlich positionieren sich die Vertreter der Ministerien. Aber letztendlich ist es ein Abgeordnetengesetz.

Die Abgeordneten hätten die Vorschläge aus den Ministerien durchaus blockieren können.

Ja, aber in den Gesprächen saß nicht nur

Wind und Sonne, die sich hierzulande gut ergänzen. Dazu kommt: Solarenergie ist die einzige Energie, die von den Menschen in den Städten selbst produziert werden kann. Bisher konzentrierte sich der Aufbau der Photovoltaik auf ländliche Regionen. Wir müssen verstärkt versuchen, auf die Dächer in den Städten zu kommen – und die Menschen in den Städten zu beteiligen. Energiegenossenschaften sind nicht nur etwas für

das Land.

Gibt es dafür konkrete Pläne?

Ich plane im Herbst ein Bundestreffen der deutschen Energiegenossenschaften, auf dem wir die städtischen Räume gezielt in den Blick nehmen werden. Für mich ist klar: Die pauschale Behandlung von Anlagen zwischen 10 und 1000 kWh ist nicht sachgerecht. Dabei kann es auch nicht bleiben, wenn wir in den städtischen Räumen die Dachflächen besser

nutzen wollen.

Machen wir's am Ende nochmal konkret: Welche jährliche Zubaurate halten Sie für angemessen?

Ich beantworte diese Frage bezogen auf die Gesamtinstallation. Wind und Solar zusammen sind mittlerweile bei 55 Gigawatt angekommen. Wenn wir eine Lastspitze von 80 Gigawatt in Deutschland haben, muss man den Gesamtzubau im Hinblick auf die Lastspitze bewerten.

Man kann wohl einen Zubau über 80 Gigawatt in die Netze integrieren, wenn die Spitzen genommen und die Nutzungsstunden verbreitert werden. Ich halte ei-

nen starren Blick auf den Jahreszubau für falsch. Für mich ist klar: Ohne Speicher hat es keinen Sinn, über 80 Gigawatt in Deutschland zu installieren.



Ihr schneller Draht zu futurasol:
Telefon: 089 68 99 98 90
Email: info@futurasol.de